

Wichtige Unterstützung für Start-ups während der Corona-Krise

22.04.2020

Auf einen Blick

Als Innovationsland ist die Schweiz darauf angewiesen, dass hierzulande stets neue Ideen entwickelt und zur Marktreife gebracht werden. Die Corona-Krise ist jedoch für viele Start-ups existenzbedrohend. Deshalb ist es aus Sicht von *economiesuisse* sehr zu begrüßen, dass der Bundesrat den Betroffenen nun einen raschen Zugang zu Bürgschaften ermöglicht.

Mit Krediten über bislang 17 Milliarden Franken hat der Bund Liquiditätsengpässe von Schweizer Unternehmen zu vermeiden geholfen, wie Finanzminister Ueli Maurer heute in Bern bekanntgab. Davon kaum profitieren konnten bislang die meisten Start-ups. In einem von grosser Unsicherheit geprägten Umfeld ist es für sie besonders schwierig, risikofreudige Investoren zu finden. Die von einzelnen Kantonen beschlossenen Hilfspakete haben diese Situation nur teilweise entschärft.

Erfreulicherweise hat der Bund nun eine pragmatische Lösung gefunden: Das bereits bestehende Bürgschaftswesen für KMU wird auf Start-ups ausgeweitet. Das entsprechende Verfahren soll innert Wochenfrist bereitstehen und die Kantone auf freiwilliger Basis einbeziehen. Sie tragen dann einen Drittel der Bürgschaften, der Bund den Rest.

Abgrenzungsschwierigkeiten beim Zugang

Offen lässt der Bundesrat derzeit, wann ein Unternehmen als Start-up gilt und von diesen Bürgschaften profitieren kann. Aus Sicht von *economiesuisse* wäre es sehr problematisch, wenn Biotechunternehmen, die wie Start-ups noch kaum Umsatz erzielen, von der Kreditmöglichkeit ausgeschlossen werden. Der Bund sieht vor, dass die kantonalen Stellen ein von *Innosuisse* zusammengestelltes Beratungsgremium beiziehen können. *economiesuisse* begrüsst dieses Vorgehen grundsätzlich. Damit die vorgesehene Fazilität mit 154 Millionen Franken ausreicht, sollten die Bürgschaften auf Firmen beschränkt bleiben, die nachhaltig Forschung und Entwicklung betreiben.

Weiterhin fehlt eine Perspektive für Tourismus und Detailhandel

Leider hat es der Bundesrat erneut verpasst, auch jenen Branchen eine klare Perspektive zu geben, die von den geplanten Öffnungsschritten noch nicht erfasst sind. Dies gilt insbesondere für die Gastronomie, Hotellerie und weitere Anbieter aus dem Tourismusbereich. Die fehlende Planungssicherheit lähmt die Vorbereitungen für die Sommersaison und gefährdet das Überleben vieler Betriebe. Gleiches gilt leider auch für den Detailhandel. Zwar betont der Bundesrat, auf von den Branchen selbst erstellte Schutzkonzepte abstellen zu wollen und für den Schutz von Personal und Kundschaft täglich eine Million Schutzmasken bereitzustellen. Doch unterlässt er es erneut, allen Unternehmen die Möglichkeit einer Öffnung unter denselben Bedingungen in Aussicht zu stellen.



Monika Rühl

Vorsitzende der Geschäftsleitung



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung